

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No 2.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6066.

Hannover
Sonnabend, 26. Januar 1901.

Geschäftsinsertate pro 8 Spalten. Zeile ober deren Raum 25 Pf., für Zahlstellen 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Deinstr. 31. Verlag: Nikolaisstr. 46.

10. Jahrg.

Die Statistik.

Der Verbandstag zu Halberstadt hat beschlossen, die Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse fortzusetzen; neben den letzteren soll auch erforscht werden, wie oft und wie lange die Kollegen der Arbeitslosigkeit und der Krankheit ausgesetzt gewesen sind. Es wird wohl überflüssig sein, auf den hohen Werth dieser Erhebungen hinzuweisen. Wir setzen das Verständnis unserer Kollegen für die Wichtigkeit der Statistik voraus und erwarten von ihnen die eifrigste Mithilfe, um die Erhebungen vollkommen und brauchbar zu gestalten. Die Fragebogen sind bereits versandt. Die Kollegen wollen die Ausfüllung, Ausfertigung und Abholung bewerkstelligen. Die Fragebogen sind nur an Mitglieder abzugeben. Die Ausfüllung hat bis zum 28. Februar zu erfolgen. Von jetzt bis zum Ablauf dieser Frist ist hinreichend Zeit zur Erledigung der erforderlichen Arbeiten. Also auf an die Arbeit.

Aus dem Bericht der preussischen Fabrik-Inspektoren.

III.

Die Zahl der im Jahre 1899 im Königreich Preußen ermittelten jugendlichen Arbeiter von 14 bis 16 Jahren ist gegen die Zahl der im Vorjahre beschäftigten nicht unbeträchtlich gestiegen und zwar von 142.121 auf 156.041. Das ist eine Zunahme von 13.920. Die Zahl der Knaben ist gestiegen von 98.935 auf 109.210, also um 10.275. Dagegen stieg die Anzahl der Mädchen um 3.845 und zwar von 43.186 auf 46.831. Auf den Bergwerken, Salinen und Aufbereitungsanstalten wurden junge Leute von 14 bis 16 Jahren in der Zahl von 15.092 gezählt. Das entspricht einer Zunahme gegen das Vorjahr von 1853. Die Zahl der im Jahre 1899 in den Aufsichtsbezirken des Königreichs Preußen ermittelten beschäftigten Kinder unter 14 Jahren beträgt 1546. Davon 1021 Knaben, 525 Mädchen. Im vorhergegangenen Jahre waren 1421 Kinder im Alter unter 14 Jahren beschäftigt. Also eine Zunahme der beschäftigten Kinder von 125. Auch die Zahl der in den preussischen Bergwerken, Salinen und Aufbereitungsanstalten beschäftigten Kinder unter 14 Jahren ist von 50 bis 107 gestiegen. Man sieht, Moloch Industrialismus zeigt immer noch gewaltige Vorliebe für die zarte Jugend des Proletariates. Um so bedenklicher sind die Vergehen gegen die Schutzvorschriften der jugendlichen Arbeiter, die wieder in ziemlichlicher Ausdehnung sich breit machen. Sind viele dieser Vergehen auch nur Verstöße formaler Natur (Ausstellung von Arbeitsbüchern zc.), so zeugt doch auch eine Fülle von Verletzungen vorhandener Bestimmungen davon, daß das Streben, billige und willige Hände möglichst ungehindert auszunutzen, die Unternehmer den Bestimmungen Trotz bieten läßt. Die ermittelten Verstöße gegen Schutzbestimmungen (die Verstöße formaler Natur ausgeschlossen) erreichen die stattliche Zahl von 3259. Dagegen ist wieder die Anzahl der wegen Zuwiderhandlungen bestraften Personen gering, sie beträgt 783. Es scheint, als ob die Spruchprozesse den resistenten Unternehmern gegenüber nicht den Zweck verfolgt, abschreckend durch Strafen zu wirken. Sind doch die Fälle nicht selten, wo die Fabrikinspektoren selbst darauf zu drängen suchten, durch Anfechtung ergangener Urtheile, durch die Revisionen dem verletzten Gesetze eine schärfere Sühne zu verschaffen. In Ziegeleien sind 81 Verstöße gegen die Beschäftigungsbestimmungen ermittelt, 283 Fälle betrafen die Dauer der Beschäftigung von Kindern und jungen Leuten; 75 Fälle stellten Verstöße gegen die Pausen, 16 gegen die Nachtarbeit fest, 5 betrafen die Beschäftigung an Sonn- und Festtagen; 43 Fälle verstießen gegen die besonderen Bestimmungen des Bundesraths, betreffend Ausschluß von der Beschäftigung. Diese Industriezweig hat das zweifelhafteste Verdienst, die größte Anzahl von Anlagen, in denen Zuwiderhandlungen gegen die respektiven gesetzlichen Bestimmungen ermittelt worden sind, aufzuweisen zu können, nämlich 1315 Anlagen von insgesamt 5104 resistenten Anlagen! 172 bestrafte Personen. Das spricht Bände von der Ausbeutung der Arbeiter. Es folgt die Gruppe der Metallverarbeitung mit 548 Anlagen, 62 bestrafte Personen. Von den Stahlschmelzereien und Zuckerraffinerien haben 52 Anlagen gegen die Bestimmungen gesündigt. Unge-

fähr der 4. Theil aller derartigen Fabriken! Von den Säbholzfabriken mit Verwendung von weißem Phosphor 6.

Ein Ziegeleibesitzer, der seine jugendlichen Arbeiter ohne Arbeitsbuch und täglich 14 Stunden beschäftigte, wurde mit 6 Mark bestraft! Wird der Respekt bekommen! Zwei Glashüttenbesitzer in Goyerswerda, welche einen noch nicht 14jähr. Knaben beschäftigten und von denen gesagt wird, daß sie sich dauernd Verstöße gegen die Gewerbeordnung zu Schulden kommen ließen, wurden mit 3 Mark bestraft. Bismilch stark scheint die Kinderausbeutung im Regierungsbezirk Oppereln betrieben zu werden. In einer Maschinenfabrik wurden ein 13jähriger und 6 unter 16 Jahre alte Arbeiter mehrere Monate hindurch regelmäßig von 6 Uhr früh bis 7 Uhr Abends, zeitweise sogar von 5 Uhr früh ab, 11-12 Stunden beschäftigt. Besitzer und Werkmeister erhielten je 12 Mark Strafe. In derselben Stadt wurden in einer anderen Maschinenfabrik je drei 14jährige Arbeiter mehrere Monate hindurch regelmäßig von 6 Uhr früh, zeitweise von 5 Uhr früh bis 8 Uhr Abends beschäftigt, also abgültig der Pausen 12-13 Stunden. Dies Vergehen wurde mit 6 Mark Geldstrafe geahndet. Im Regierungsbezirk Schleswig wurde ein Seimfabrikant, der drei schulpflichtige Knaben beschäftigte, zu 15 Mark verurtheilt. Der Geschäftsführer einer Schraubenfabrik im Landkreis Essen machte sich der Verkürzung der gesetzlichen Vor- und Nachmittagspausen um je ¼ Stunde bei 84 jugendlichen Arbeitern schuldig! Er erhielt 300 Mark Geldstrafe, zwei seiner Meister mußten je 30 Mark Geldstrafe bezahlen. Der Besitzer einer großen Zigarrenfabrik in Cleve hat fortgesetzt schulpflichtige Kinder ausgenutzt, den jugendlichen Arbeitern die vorgeschriebenen Pausen nicht gewährt u. s. w. Durch ein vollständig organisiertes Nachrichtensystem hat er bei jeder Revision die Schulkinder rechtzeitig verstecken können. Endlich wurde er gefast und seine Bestrafung beantragt. Es ist bezeichnend, daß der Fabrikinspektor die in diesem Falle verhängte Strafe - 300 Mk. - als empfindliche bezeichnen kann. Eine Papierfabrik beschäftigte einen jugendlichen Arbeiter 3 Monate lang in regelmäßiger Tag- und Nachtschicht. 30 Mk. Geldstrafe. Die Fälle, die sich als Zuwiderhandlungen gegen die Schutzgesetze und Verordnungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen herausstellen, belaufen sich auf 3578. Davon entfallen 1392 auf Anzeigen und Aushänge, 740 auf die Dauer der Beschäftigung, 86 wegen Mittagspausen, 1038 auf Verstöße gegen die Bestimmung über die Beschäftigung an Sonnabenden und Vorabenden der Festtage, 85 wegen gesetzwidriger Nachtarbeit, 2 Beschäftigung von Wäscherinnen. 131 betreffen die Bestimmungen des Bundesraths über Ausschluß von der Beschäftigung, 8 Verstöße gegen Pausen und 96 sonstige Fälle. Die Anzahl der Betriebe, in denen Verstöße ermittelt worden, beträgt 30. Die Zahl der bestrafte Personen 168. Auch da stehen die Ziegeleien wieder an erster Stelle. Eine Besserung wird erst eintreten, wenn Madame Justitia die Veranlasser und Dulder dieser Vergehen nicht mehr mit so geringfügigen Strafen abgehen läßt und die Arbeiter und Arbeiterinnen selbst mit den Bestimmungen vertrauter werden und auf deren Einhaltung drängen. Für letzteres zu sorgen, ist Aufgabe der Gewerkschaftsorganisationen.

Der Zementkrieg.

Die Folgen der Ueberproduktion in der Zementindustrie haben vor Kurzem zum Ausbruch eines offenen Unterbietungskampfes der einzelnen Unternehmerringe und Syndikate gegeneinander geführt. Das kürzlich gegründete nordwest-mitteldeutsche Zement-syndikat, dessen Bildung wir seiner Zeit gemeldet haben, hat Offerten nach Schlessien gemacht, die weit unter die Verkaufspreise der schlessischen Fabriken herabgehen. Ja, in Breslau ist von Hannover aus ein Geschäft unter den Preisen des schlessischen Verkaufsbureaus sogar schon abgeschlossen worden. Umgehend haben natürlich auch die schlessischen Fabriken als Antwort ebenso niedrige Offerten nach dem Absatzgebiete des nordwest-mitteldeutschen Syndikats ergehen lassen: ein bestiger Konkurrenzkampf zwischen den beiden Konventionen hat damit begonnen und wird bald über ganz Deutschland sich verbreiten.

Ist die Grundursache dieses vernichtenden Konkurrenzkampfes zweifellos die schon längst vorhergesehene Ueberproduktion, so ist doch als äußere Ver-

anlassung die Lösung der bisher bestehenden Kartellverträge zwischen den verschiedenen Verbänden zu bezeichnen. Die Unmöglichkeit, zu einer neuen gegenseitigen Einigung zu gelangen, hat den Kampf so scharf und rücksichtslos entbrennen lassen. Es bestehen in ganz Deutschland im Ganzen sehr große Verbände des Zementgewerbes, die territorial gegliedert sind. Diese Verbände sind folgende:

1. Das Syndikat der schlessischen Fabriken mit gemeinsamer Verkaufsstelle und Kontingentirung der einzelnen Fabriken. Der ursprünglich auf zehn Jahre abgeschlossene Vertrag soll neuerdings unter Aufnahme zweier neu entstandenen Fabriken um drei Jahre verlängert sein.
2. Die Stettiner Gruppe, die die in der Nähe Stettins liegenden Fabriken umfaßt. Diese Fabriken haben bis jetzt nur eine Preisvereinigung geschlossen.
3. Die Berliner Gruppe, aus den Portland-Zementfabriken Rüdersdorf und Ucker bestehend, die gleichfalls nur eine Preisvereinigung eingegangen sind.
4. Der Verband der unterelbischen Portland-Zementfabriken, der folgende große Fabriken umfaßt: Gemmoor-Hamburger, Breitenburger, Lägerdorfer, Borwohler, Schweriner zc., mit denen die Usen'schen Portland-Zementfabriken-Hamburg in engstem Kartellverträge stehen. Der Verband umfaßt das Gebiet von Hamburg, Schleswig-Holstein und einen Theil von Mecklenburg. Diese Gruppe ist am 12. November v. J. zu einem Syndikat verschmolzen worden, das zunächst bis 1915 dauern soll. Für 1901 ist eine Einschränkung der Erzeugung von 20 Prozent des Kontingents in Aussicht genommen.
5. Das Syndikat der nordwest-mitteldeutschen Fabriken, das die Fabriken in Rheinland-Westfalen, im größten Theil der Provinz Hannover, in Oldenburg, ganz Mitteldeutschland, Provinz und Königreich Sachsen umfaßt. Es ist das stärkste und straffste Syndikat, das eben deswegen noch den vernichtenden Wettbewerb gegen Schlessien aufnehmen konnte. Das Syndikat ist aus dem nordwest-mitteldeutschen Verbands entstanden, indem sich ihm gleichzeitig alle neuen, dem Verbands bisher fernstehenden Fabriken angeschlossen haben. Das Syndikat beherrscht eine Produktion von 15 Millionen Faß und ist entschlossen, seine gewaltige Ueberproduktion in die deutschen Gebiete abzuladen, die von der enormen Produktionsvermehrung, wie sie im eigenen Syndikatsgebiete vorhanden ist, verschont bleiben. Durch eine straffe Produktions- und Preisregelung hofft das Syndikat, es zu ermöglichen, durch Umlage des Minderpreises auf die Gesamtheit den Konkurrenzkampf mit den kollidirenden Gruppen in erfolgreicher Weise durchzuführen zu können. Bei nicht zu erzielender Einigung mit den exportirenden Fabriken ist seitens des Syndikats auch unbeschränkter Wettbewerb auf dem Exportmarkt vorgesehen, der in Anbetracht der erheblichen Produktionsvermehrung im nordwest-mitteldeutschen Gebiete sich recht empfindlich bemerkbar machen dürfte. Wie stark die Ueberproduktion in diesem Gebiete sein muß, geht übrigens daraus hervor, daß für das Jahr 1901 eine Produktionseinschränkung von 50 Prozent vorgesehen ist.
6. Verband der süddeutschen Portlandzementfabriken; er umfaßt das Gebiet von Baden, Württemberg, Bayern und Elsaß-Lothringen. Er beruht auf Preisvereinbarung und gleichzeitiger Kontingentirung und läuft bis Ende 1902. Dieser süddeutsche Verband sucht augenblicklich Anschluß an das nordwest-mitteldeutsche Syndikat zu gewinnen.

Bis vor einiger Zeit standen nun sämtliche sechs Verbände in einer Art Kartellverhältnis, durch das die Preise in den Grenzgebieten geregelt, zum Theil auch die Verkaufsmengen nach den gegenseitigen Gebieten kontingentirt waren. Schon Mitte dieses Jahres sah man aber den Bruch des bestehenden Verhältnisses herannahen. Durch Bildung eines einheitlichen deutschen Zement-syndikats wollte man dem Schlimmsten noch vorbeugen. Schon am 10. Juni fand in Berlin eine Sitzung von Delegirten aller Gruppen der Zementindustrie statt, in der über die Bildung eines Verkaufs-syndikats und über die Kontingentirung aller Fabriken Deutschlands verhandelt wurde. Eine Uebereinstimmung wurde aber nicht erzielt. Im August fand dann abermals in Köln eine allgemeine Versammlung von Vertretern der deutschen Zementwerke statt, um abermals über die Bildung eines gemeinsamen deutschen Zement-syndikats Normen aufzustellen. Auf der Versammlung wurden zwar positive Vorschläge gemacht, sie fanden aber an den neuen Ver-

heftige Widerfacher. Ende September wurde dann in der Fachpresse offen zugegeben, daß die bisher unter den einzelnen Fabriken resp. Verbänden bestehenden Kartellverträge nicht mehr aufrecht zu erhalten seien. Gleichzeitig gingen auch schon einzelne Fabriken mit starken Preisunterbietungen auf dem Markte vor, da die Nachfrage fortgesetzt schlechter und schleppender wurde. Der gewaltige Rückgang der Bauhätigkeit im abgelaufenen Jahre machte den Druck der Ueberproduktion um so stärker fühlbar. Gleichzeitig nahmen auch die Klagen über den Export zu. Der gute Absatz in den Vereinigten Staaten geht in Folge der Entwicklung der dortigen Zementindustrie mehr und mehr zurück. Werden doch daselbst Fabriken mit einer Leistungsfähigkeit errichtet, wie man sie in Deutschland nicht kennt. So produziert eine Fabrik in Stewartville, 5 Meilen von Philipsburg (Newjersey), täglich allein 5000 Faß, das ergibt eine Jahreserzeugung von 1 1/2 Millionen Faß. Eine einzige Fabrik in den Vereinigten Staaten erzeugt also den zehnten Theil der Produktion des nordwest-mitteldeutschen Zement-Syndikates.

Der Konkurrenzkampf in Deutschland wird nach Niederbringung der schwachen Betriebe schließlich mit einer Einigung der starken Gegner früher oder später enden. Aber bis es so weit kommt, sucht ein Gegner den andern mit den schärfsten Mitteln zu schädigen. Man wird sich gegenseitig die Absatzgebiete abjagen, man wird viele Betriebe zum Stillstand bringen, man führt gleichzeitig in großem Stille auch Produktions-Einstellungen durch. Alle diese Erschütterungen eines regelmäßigen Geschäftsgangs treffen mit verstärkter Wucht den Arbeitsmarkt.

Nach den Nachweisen der Berufsgenossenschaften für 1899 kommen von größeren Betrieben bei diesem Konkurrenzkampf in Betracht:

	Zahl der Betriebe	Arbeiter
Zementfabriken	149	29 528
Zementmaarenfabriken	339	6 178
Mineralmühlen (Trab, Märl, Spath usw.)	103	646
	491	36 352

Diese 36 352 Arbeiter erhielten 1899 zusammen einen Lohn von annähernd 33 Millionen Mark. Auf den Kopf des Arbeiters entfällt ein Jahresverdienst von rund 900 Mark. Dieser Lohn ist aber auf den Vollarbeiter berechnet. Im Durchschnitt wird der einzelne Arbeiter weniger verdienen. In Folge des begonnenen Zementkrieges und der damit verbundenen Produktionseinschränkungen wird ein großer Theil dieser Arbeiter völlig arbeitslos, ein anderer Theil in seinem Verdienste stark gekürzt; alle Arbeiter aber werden von der Krise in Mitleidenschaft gezogen. Hoffentlich ziehen sie die Lehre aus allen diesen Uebeln, daß sie sich organisieren müssen, damit sie bei einem Umschwung zum Besseren, der bei Annahme des Mittelstandes ohne Zweifel eintreten wird, gewappnet und gerüstet sind, die geschlagenen Scharten wieder anzuziehen.

Salzbergwerk- und Salinenbetrieb.

Glänzendes Geschäft macht der preussische Fiskus in seinen Bergwerks-, Salinen- und Hüttenbetrieben. Weitans am größten sind aber die Profite, die speziell bei der Salzeinnahme gemacht werden. In den Einzelberichten, die von den verschiedenen Werken für das Staatsjahr 1899 gegeben werden, wird mehrfach mit Beugung konstatiert, daß gänzlich durch Währungsregeln zur Beilegung der Konkurrenz, an denen sich der Fiskus munter beteiligt, „erfreuliche“ Bortheile erzielt wurden. So heißt es in dem Bericht des Steinsalz-Bergwerks Staßfurt:

„Dank der durch das Kartell Syndikat geschaffenen günstigen wirthschaftlichen Lage des Salinensalzes hat sich auch der Betrieb des königlich preussischen Staatswerkes wesentlich weiter entwickelt und einen Ueberschuß von 3 103 237 Mk. erzielt, also 762 951 Mk. mehr als im Vorjahre.“

Und in dem Bericht der Saline in Schönebeck heißt es:

„Der Rückgang des Abzuges ist hauptsächlich Folge des zehnten des norddeutschen und süddeutschen Salinenabgeschlossenen Konventions-Vertrages, welcher zwar dem bisherigen unwirthschaftlichen Wettbewerbe zwischen beiden Salinengruppen ein Ende machte, aber der Saline Schönebeck namhafte Opfer hinsichtlich des Abzuges anfertigte.“

Trotzdem machte die Saline ein glänzendes Geschäft, denn ihr Ueberschuß betrug 588 614 Mk. und übertraf den vorjährigen um 24 536 Mk. Bedenlich äußert sich auch der Bericht der Salinen-Inspektion Stetten (Bezirk Bonn), der überdies noch auf die gleichfalls zu Stande gekommene Verhandlung mit den lothringischen Salinen hinweist.

Während so der Fiskus durch Beteiligung an preisverhindernden Vereinigungen seine Gewinne gewaltig steigert, indem den Arbeitern fast nichts davon zu Gute. So betrug der reine Schichtlohn eines Arbeiters auf dem Staßfurter Werk durchschnittlich 3,64 Mk. beim Steinsalz-Bergbau und 3,65 Mk. beim Salinensalze, das heißt, er war in beiden Fällen um den ganzen Pfennig höher, wie im Vorjahre. Der Jahres-Durchschnittslohn bleibt auch unter 1100 Mark zurück bei der Annahme von 300 Schichten im Jahre. So sehr er sich über die Löhne nur noch, daß sie bei dem Steinsalz-Bergbau in Frankfurt 3,45 Mk. für Mann, 3,18 Mk. für Arbeiter und 2,90 Mk. für Arbeiter betragen, und daß sie auf der Saline Schönebeck „eine nicht unbedeutende Verbesserung“ erlangen. Wie hoch sie thatsächlich sind, wird nicht mitgeteilt.

Den richtigen Standpunkt für die Würdigung der gemachten Ueberschüsse gewinnt man aber erst, wenn man sie vergleicht mit der Anzahl der Arbeiter, aus deren Arbeit sie gewonnen wurden, namentlich wenn man die Löhne dabei berücksichtigt. So machte die Saline Aiterz (Bez. Halle) bei 63 Arbeitern einen Ueberschuß von 37 816 Mk. Das sind 600 Mk. pro jedem Arbeiter. Die Saline Dörrenberg (Bezirk Halle) erzielte bei 138 Arbeitern einen Ueberschuß von 27 092 Mk., das sind 196 Mk. pro Arbeiter. Die Saline Schönebeck erzielte ihren 588 614 Mk. Ueberschuß bei 143 100 Arbeitern, das sind 411 Mk. pro Arbeiter. Das Steinsalz-Bergwerk Staßfurt aber machte Ueberschuß von 3 103 237 Mk. mit 1243 Arbeitern, das sind

jedem Arbeiter ein Ueberschuß von 2497 Mk. erzielte wurde, das heißt mehr als das Doppelte dessen, was die Arbeiter an Lohn erhielten, und das trotz der Thatfache, daß der Verkauf noch hinter der Förderung zurückblieb. Dabei muß man noch die Thatfache berücksichtigen, daß die Summe, die als „Ueberschuß“ in die Staatskasse fließt, keineswegs in allen Fällen die Gesamtsumme des Unternehmergewinns darstellt, der in dem betreffenden Jahre erzielt wurde. Die fiskalischen Werke rechnen auch alle Aufwendungen für Neu-erwerbungen in die Ueberschüsse ein. So schließt z. B. die Abrechnung der Saline Stetten mit einem Ueberschuß von 5660 Mk., sie hat also scheinbar, anstatt etwas zu verdienen, mit Verlust gearbeitet. In Wirklichkeit aber hat sie einen ganz erheblichen Profit abgeworfen, denn sie gab 24 000 Mark für Grunderwerb aus. Allein unter Berücksichtigung dieses Postens verwandelt sich der Ueberschuß in einen Ueberschuß von 18 340 Mark, und da das Werk im Ganzen 30 Arbeiter beschäftigte, beziffert sich der Ueberschuß pro Arbeiter auf 611 Mark. Man kann aus den Berichten nicht ersehen, wie weit auch sonst noch Ausgaben, die nur der Werthsteigerung des Unternehmens dienen, gemacht worden sind; derartige Ausgaben gehören natürlich auch zum Gewinn und würden den Profit noch höher machen, wie der Posten „Ueberschüsse“ ihn erscheinen läßt. Was wollen gegenüber solchen Profiten die paar Mark für sogenannte Wohlfahrts-Einrichtungen besagen, mit denen man immer prunkt. Man gebe jedem Arbeiter jährlich einige Hundert Mark mehr Lohn, das nützt ihnen viel mehr und der Profit bleibt dann immer noch hoch genug.

Soziale Rundschau.

— Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. Kein Monat des Jahres zeigt ein so unruhiges Bild des Arbeitsmarktes wie der Dezember. Der Beginn der winterlichen Arbeitslosigkeit, dem gegenüber das Weihnachtsgeschäft und endlich wiederum das plötzliche Aufhören desselben verursachen ein beständiges Hin- und Herwogen. In diesem Monat kann unter Umständen die Zahl der beschäftigten Arbeiter nach den Krankenkassen ein verhältnißmäßig günstiges Bild geben, während die Eingestellten gleichwohl schon dazu beitragen, die Zahl der Arbeits-suchenden zu vermehren. An den deutschen Arbeits-nachweisen, soweit sie an die Berichterstattung des „Arbeitsmarkt“ angeschlossen sind, kamen diesmal im Durchschnitt des Monats auf 100 offene Stellen 161,9 Arbeitsuchende (gegen 124,2 im Vorjahr). Daß in den Krankenkassen die Verminderung der Mitgliederbestände nur 4,2 Prozent betrug (gegen 5,5), kann aus den oben erwähnten Gründen das Urtheil nicht erheblich ändern. Aus den rheinisch-westfälischen und ober-schlesischen Bergbaubezirken werden fortgesetzt neue Arbeiterentlassungen bekannt. Aus den effassischen Tuchbezirken, aus der Textil-Industrie in Bielefeld, M.-Gladbach u. a. O. werden Verschlechterungen der Marktlage gemeldet; in Bismarck i. E. stehen in einer Fabrik von 150 Webstühlen nur noch etwa 20 im Betrieb. Klagen über die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes im Handwerk kommen aus Baden, selbst in kleinen Städten, wie Schopfheim, wird der Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskräften aus Handwerkerkreisen bereits deutlich empfunden. In Herford und Nürnberg wird ein zunehmender Andrang von Arbeitslosen aller Branchen konstatiert. Wenn gleich aus dem Fehlen günstiger Nachrichten noch nicht ohne Weiteres geschlossen werden kann, daß keine vor-handen sind (über Gunst der Lage wird immer weniger gesprochen als über Ungunst), so kann doch nach dem Urtheil der genannten Zeitschrift an dem fortgesetzten Ernst in der Lage des Arbeitsmarktes und an der Bedenklichkeit der Aussichten für die nächste Zukunft nicht wohl gezweifelt werden.

— Unternehmervverbände. Ein Reichsverband ist in Bremen gegründet worden. Neun deutsche Reichsmühlen sind mit 4 Millionen Mark Kapital daran betheiligt.

— Ein Gehilfeter! Nachstehenden Brief, den wir wortgetreu abdrucken, wurde einer Maurerversammlung in Fürstenwalde zugesandt. Man vermuthet, daß er von einem Bauunternehmer verbrochen worden ist. Der Brief lautet:

„Ihr die Lagediebe, die sich Maurergesellen schimpfen!

Lagediebe, rothhaarige Hunde, Faulenzer, müchtet Ihr nicht lieber gleich Küststricke mitbringen und Eure Meister daran aufhängen???

Ihr Lumpenhunde verdient? nein, verdient nicht die Hälfte, was Ihr fordert und bekommt.

Was haben Eure Meister hier erworben, gar nichts, die leben schlechter in ihrer Familie, wie Ihr, denn Ihr freßt das Fett, die Meister sollen die Schulden fressen.

Ihr seid die Vampire der ganzen Menschlichen Gesellschaft, Umstürzler der Menschheit, das gemeinste Raubthier ist, unbewußt der Thierischen Gefühle, gegen seine Mitgeschöpfe gefühlvoller wie Ihr, Zweibeinige Hyänen, gegen Eure Nebenmenschen. Aber Ihr, den chinesischen Hund den gleichwertige Geschöpfe, die Zeit wird kommen, wo Ihr auf den Knien rutschend, um Arbeit betteln werdet, dann sollt Ihr Straßendreck fressen, wie in China die Hunde, Ihr, für die der dreifache Kinnstein zu rein ist, Euch darin liegen zu lassen.

Wui über solche Kreaturen, die leider Menschen ähnlich sehen, aber unter dem sinkenden Thier registriert. Wui und lauter Wui, Boden und Pest vernichte Euch, Raubthiere freße Eure Leichen, denn für den Teufel seid Ihr zu schade.

Dem Schlachtfeld nach ist der Mann auch fromm!

— Irdische Ansichten für die Ziegelarbeiter. Das Königlich Preussische Ziegel-Syndikat hat im vergangenen Jahre wegen der geringeren Bauhätigkeit die Produktion auf 70 Prozent herabgemindert. Trotzdem haben sich die Ziegelsteine so gehäuft, daß der Bedarf völlig gedeckt

erscheint. Es werden deshalb in diesem Jahre viele Ziegelsteine stillliegen. Das Syndikat will höchstens ein Drittel der gewöhnlichen Menge herstellen. Es geht doch nicht über unsere gepriesene Ordnung: Wohnungsleere auf der einen Seite — Materialüberschuß und Arbeitslosigkeit auf der anderen.

Vom sozialen Kampfplage.

— Auf den Panther-Fahradwerken in Magdeburg-Sudenburg ist ein Streik ausgebrochen, an dem auch drei unserer Kollegen betheiligt sind. — Eine Aus-sperrung beschloß der Geflügelmäster Maier in Frankfurt a. M. Dieser Herr war veranlaßt worden, im Mai des verfloffenen Jahres dem bei ihm beschäftigten Personal eine Lohnzulage zu geben. Dabei hat er kennen gelernt, daß die Organisation der Arbeiter Schutz und Schirm verleiht. Daher wollte er im Winter die bei ihm beschäftigten Arbeiter veranlassen, aus der Organisation auszutreten; zu welchem Zweck ist klar. Die Arbeiter weigerten sich, von Herrn Maier als Vormund Weisungen über Besinnungen und Privat-handlungen entgegen zu nehmen. Alle Versuche, den Herrn zu einer Achtung des gesetzlich garantierten Koalitionsrechtes zu veranlassen, blieben erfolglos. Hoffentlich finden sich keine Arbeiter, die diesen Herrn als ihren geistigen Kurator ansehen. — Von dem Streik auf der Delfabri' Groß-Geran in Bremen sind noch 20 Personen verblieben. Der Streik ist beendet. Es ist in einer Verhandlung Folgendes zugestanden worden: Für die Pressenarbeiter wird die Zahl der Pressen von 43 auf 40 herabgesetzt. Für 100 Stücken giebt es 25 Pfg. (früher 20 Pfg.). Bleiben die Maschinen stehen oder tritt eine anderweitige Arbeits-stodung ein, so werden 35 Pfg. pro Stunde bezahlt, damit ein Bohn von 3,50 Mk. erzielt wird. Damit richtiges Einarbeiten ermöglicht wird, werden noch 14 Tage Tagelohn bezahlt. Den Speicherarbeitern und Mühlenarbeitern ist eine Lohnerhöhung zugestanden, indeß ist die Summe nicht festgesetzt. Nach vollständiger Regelung der Differenzen wird ein Arbeiterauschutz gemahlt. Die Anstellung der noch Streikenden ist zugesichert. — Auf den chemischen Fabriken in Oranienburg hatten 120 Kollegen die Arbeit niedergelegt, weil die organisierten Kollegen fortwährenden Mißbilligkeiten und theilweise Entlassungen ausgesetzt waren, die nur in ihrer Zugehörigkeit zur Organisation ihren Ursprung haben konnten. Die eingetretenen Verhandlungen haben zur Beilegung der Differenzen geführt.

— Der Konflikt in Halberstadt hat sein Ende noch nicht gefunden. Ein Handschuhfabrikant hat seine Leute wieder angenommen, die übrigen dagegen weigern sich, ihre Hand zur Einigung zu bieten und erschweren es, durch Herausgabe schwarzer Listen, daß die Betheiligten anderweitig Arbeit bekommen.

Zur Beachtung!

Im verfloffenen Halbjahr war unsere Organisation un- unterbrochen an wirthschaftlichen Kämpfen betheiligt. Die Ver-suche des deutlichen Unternehmertums, die Löhne herab-zusetzen, machten es unseren Kollegen zur Pflicht, den Kampf der Abwehr zu führen. Außerdem kämpften in Wolgast 30 auf einer Stickerfabrik beschäftigte Kollegen 16 Wochen lang, um ihren künftigen Lohn um einige Pfennige zu erhöhen. Das Weihnachtsgeld, das „Fest der Liebe und Veröhnung“, brachte in Halberstadt die Aussperrung der Handschuhmacher und Lederarbeiter, wobei nahezu 60 Mitglieder unseres Ver-bandes in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Mit Zunahme der Erwerbsstodungen werden die Kämpfe der Arbeiter leb-hafter und andauernder werden. Es fehlt zu erwarten, daß mit Andbruch des Frühjahrs heftige Konflikte ausbrechen werden, die an unsere Klasse bedeutende Anforderungen stellen. Daher bringen wir aufs Neue in Erinnerung, daß die Kollegen allerorten darauf bedacht sein müssen, die Organisation zu stärken, sowohl an Mit-gliedern als auch finanziell. Vor Allem ist auf die Einziehung der Streikfonds-Steuer zu achten. Nach den Beschlußes des Verbandstages zu Halberstadt sind die Kosten für Streikfonds-Aussperrungen aus dem Streikfonds zu be-zahlen. Daraus ergibt sich mit unabwiesbarer Folgerichtigkeit, daß unsere Kollegen es sich angelegen sein lassen müssen, die Kasse des Streikfonds zu füllen. Freiwillige Ueberschüsse sind schon einmal in Anregung gebracht worden. Nur wenige Zahlstellen haben des Streikfonds gedacht und ihm neben den Beiträgen noch freiwillige Zuwendungen gemacht. Daher sprechen wir noch einmal die Mahnung aus: Thut Geld in Euren Streikfonds!

Mit dieser Nummer sind die Adressenverzeichnisse und die Leitfäden für die Bevollmächtigten und Revisoren zum Versand gekommen. Jeder der Bevollmächtigten, jeder Revisor und Vertrauensmann hat von diesen ein Exemplar zu bean-spruchen. Unter Anderem enthält der Leitfaden auch die Er-läuterungen zur Aufstellung der Quartalsabrechnung. Neben den Erläuterungen sind zwei Abrechnungen als Beispiel und Muster angeführt, so daß wohl unter Zuhilfenahme dieses Büchleins alle Schwierigkeiten bei der Abrechnung überwunden werden können.

Korrespondenzen.

Agendorf bei Staßfurt. Den hiesigen Mitgliedern war der Gedanke gekommen, in des Lebens Einzel etwas Ab-wechslung zu bringen und nach der Arbeit Qual auch einige Stunden des Frohsinns zu erleben. Sie beschloßen also die Abhaltung eines Vergnügens. Auf die ergangene Anmeldung erhielten sie folgenden Bescheid:

Agendorf, den 7. Januar 1901.
Der Amtsvorsteher.
Z-Nr. L 91/00.

Bezugnehmend auf Ihre Anzeige vom 5. d. Mts. theile ich Ihnen mit, daß der hiesige Gemeindevorstand zur Ab-haltung des geplanten Vergnügens am 13. d. Mts. verjagt wird.

Nach der Oberverwaltungsgerichts-Entscheidung vom 27. März 1900 steht der Verband der Fabrik-, Land-, Hilfs-arbeiter und Arbeiterinnen sowie seine Zahlstellen in Folge seiner Einwirkungen auf öffentliche Angelegenheiten unter den Vorschriften des § 2 des Vereinsgesetzes und ist somit als ein politischer Verein zu betrachten.

Wem § 8 des erwähnten Gesetzes dürfen aber an Ver-
sammlungen solcher Vereine Frauen, Beihilfen und Schüler
nicht teilnehmen. Da nun diesbezüglich vorangelegt werden
muß, daß sich Frauen an dem Bergnügen beteiligen werden,
ist die Abweisung unter Zugrundelegung der Ober-
verwaltungsgerichts-Entscheidung vom 18. September 1900
geboten.

Unterschrift.

(Ein gerade nicht unbedenklicher Rechtsirrtum, ist dem
Herrn da unterlaufen. Der § 2 handelt von Vereinen, die sich
mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, und legt diesen die
Pflicht der Auskunftsverweigerung auf. Ganz falsch ist es, zu
folgern, solche Vereine seien als politische Vereine zu be-
trachten.)

Der § 8 handelt von Vereinen, welche bezwecken, politische
Gegenstände in ihren Versammlungen zu erörtern. An Zu-
sammenkünften solcher Vereine sollen Frauen, Beihilfen und
Schüler nicht teilnehmen. Ob billiger Weise Bergnügen als
Versammlungen im Sinne des Vereinsgesetzes angesehen werden
können, ist eine Sache für sich. Jedenfalls ist ganz sonnenklar,
daß zwischen den Vereinen, von denen der § 2 redet, und
denen, welche im § 8 behandelt werden, ein himmelweiter
Unterschied ist. Und bislang ist es noch keinem Gericht beige-
fallen, unsere Organisation und ihre Zahlstellen als Verein
oder Vereine im Sinne des § 8 zu erklären. Mithin ist aber
auch die Anwendung des § 8 unrichtig. D. N.)

Wormstedt. Vor gut zwei Jahren wurde hier eine Zahl-
stelle gegründet. Diese schien anfangs eine gute Einwirkung
zu nehmen, doch sank bald die Mitgliederzahl von 50 auf 20
herab. Der größte Teil der verlorenen Mitglieder fehlte sich
aus Renten zusammen, die glauben, gleich nach Eintritt in die
Organisation die größten Vorteile einheimen zu können. Sie
vergessen, daß der Boden heudert und besät werden muß, be-
vor man ernten kann. Ein anderer Teil der Ferngebliebenen
duffelt lieber in Klubs und Vereinen herum, die alles Andere,
nur nicht die Arbeiterinteressen wahrnehmen. Besonders Karten-
Klubs gedeihen hier wie Pilze nach warmem Sommerregen.
Nicht nur, daß die Arbeiter durch solche Klubs ernstlicher Thätig-
keit ferngehalten werden, sie verpielen da auch sehr oft ihr
sauer verdientes Geld, so daß die Familien darunter zu leiden
haben. Die Mitglieder, die wir nun noch besitzen, halten wahr-
ten zum Verbands, aber ihre Beteiligung an den Versammlun-
gen, ihre Agitation für die Zahlstelle läßt zu wünschen
übrig, trotzdem es gilt, die gegenseitige Aufklärung zu fördern
und neue Mitglieder heranzuziehen.

Würgel. Am 9. Dezember tagte im Vereinslokal beim
Kollegen D. Müller eine gut besuchte Mitgliederversammlung.
Kollege Meyer referierte über die Organisationen der Arbeiter.
Nachdem Redner die Ziele und Aufgaben der Gewerkschafts-
organisation geschildert, vertrat er die Anschauung, daß die
Arbeiter auch am politischen Kampfe sich beteiligen müßten,
das erfordere und bedinge der wirtschaftliche Kampf. Diesen
einzuengen und einzubäumen sei Streben der Arbeiterseinde,
daraus folgerte, die Arbeiter müßten für ein weitgehendes
Koalitionsrecht streiten und gesetzliche Fixierung der durch den
wirtschaftlichen Kampf errungenen Vorteile erstreben, besonders
soweit die Arbeitszeit in Frage komme. — Es wurden dann
lokale Angelegenheiten erörtert und die Anwesenden aufge-
fordert, dieses Lokal stets mit ihrem Besuche zu bedenken.

Frankenthal. Die Mitglieder-Versammlung, die am
12. Januar tagte, nahm den Bericht des Kollegen Kraus en-
gegen. Nach demselben sind im letzten Quartal durch eifrige
Agitation 60 neue Mitglieder gewonnen worden. Die Ab-
rechnung der Weihnachtsfeier ergab einen Ueberschuß von
43 Mk. Als Delegierte zu der am 27. Januar stattfindenden
Gaukonferenz wurden die Kollegen Kraus, Bernhart und Genschel
gewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde den streikenden Metall-
arbeitern Weidenfels-Kampfecht, die seit Anfang November im
Ausstande sich befinden, 15 Mk. aus der Lokalkasse bewilligt.
Desgleichen den streikenden Kollegen der Oelfabrik Gr.-Verau
bei Bremen 10 Mk. Zum Schluß wurden die Mitglieder auf-
gefordert, sich bei eintretendem Wohnungswechsel beim Hilfs-
kassier oder bei der Verwaltung anzumelden.

Fürstenberg. Die Versammlung, welche am 30. Dezem-
ber tagte, beschäftigte sich mit der im Januar zu stellenden
Lohnforderung. Dann wurde eine Unterstützungskasse ge-
gründet, aus welcher kranke Mitglieder pro Woche 3 Mark er-
halten. Der Beitrag ist pro Woche 5 Pf. (Da derartige
Gründungen sehr oft als nutzlos werden, erlauben wir uns,
darauf aufmerksam zu machen, daß der letzte Verbandstag sich
darin einig war, solche Gründungen nicht zu empfehlen. Zum
Guten führen sie nicht. D. N.) Unser Stiftungsfest wird im
Monat Februar gefeiert.

Hamburg-Ohlenhorst. In unserer am 10. Januar ab-
gehaltenen Mitgliederversammlung erstattete Kollege Jenge
Bericht vom Gewerkschaftskartell. Dabei trat er für Errichtung
eines Gewerkschaftshauses ein und forderte am Schluß seiner
Ausführungen auf Antrag, für die Errichtung eines Gewerkschafts-
schaftshauses zu stimmen. In demselben Sinne sprach Kollege
Rörner. Dagegen sprachen eine Anzahl Kollegen. Die Ver-
sammlung erklärte sich gegen die Erbauung eines Gewerkschafts-
hauses. Das Kartellregulativ wurde angenommen. Die Ab-
rechnung vom 4. Quartal wurde bestätigt.

Pettenleideheim. Eine gründliche Blamage haben sich
die hiesigen „Christlichen“ geholt gelegentlich der kürzlich hier
stattgehabten Wahl zur Ortskonferenz. Drei oder vier
Nummern des „Bergknappen“ prahlte der „Christliche Arbeiter-
führer“ Bruff über die mit seiner Hilfe errungenen Erfolge des
„Christlichen“ Gewerkschafts hier selbst. Er schrieb zu wieder-
holten Malen von den paar armen Sozials hier, die übrigens
so dumm seien, daß sie ihn darnen, und denen von der „Pflanz-
Post“ und dem „Proletarier“ der Verband enteignet worden
sei, weshalb sie sich auch „Proletarier“ (zu deutsch „Enteignete“)
nennen. Die fraglichen Artikel des „Bergknappen“ wimmeln
von unsäglichem Verdächtigungen und waren in einem solch
rohen Tone gehalten, daß man an der Zurechnungsfähigkeit
des Verfassers derselben zweifeln muß. Durch das blödsinnige
Geschwätz im „Bergknappen“ wurden die Indifferenten auf-
gerüttelt und in — unser Lager geschrieben. Die Arbeiter er-
kannnten mit richtigem Blick, was man bezweckte, und Bruff's
Freunde machten die Rechnung ohne den Wirt. Den besten
Beweis, wie dumm das Geschwätz im „Christlichen“ Organ von
den „paar Männlein der Sozials“ ist, liefert der von uns er-
rungene Sieg bei der letzten Ortskonferenzwahl. Auf
unseren Vorschlag entfielen 102 Stimmen, während auf den
der „Christlichen“ 96 kamen. Dabei fällt noch ins Gewicht, daß
die „Christlichen“ aus einem Umkreise von 1 1/2 Stunden ca. 36
Wähler herbeischleppten, während die unseren Zettel wählenden
Arbeiter lauter Ortsansässige waren. Im Weiteren fällt noch
zu unseren Ungunsten ins Gewicht, daß über 20 unserer
besten organisierten Arbeiter gemahregelt, außer Orts
sich befinden, was bei den „Christlichen“ nicht der Fall
ist und bei denselben wohl auch niemals der Fall sein
wird. Unter diesen Umständen liegt unser Sieg
doppelt schwer. Was nun die 50 oder 60 Mann des „Chri-
stlichen“ Gewerkschafts anbelangt, so ist es vielleicht von Inter-
esse, zu erfahren, daß 31 Mitglieder desselben früher unserem
Verband angehört und aus dem Grund ausgeschlossen wurden,
weil sie ihre Beiträge nicht zahlten; einige andere wurden aus-
geschlossen, weil sie zwei Kollegen in den Rücken fielen, als
diese die Arbeit einstellten, um eine berechtigige Forderung
durchzudrücken. Eine Anzahl Anderer ist in den Gewerkschaft
eingetreten, weil die beiden Grubenarbeiter in der Kohlen-
schicht des „Christlichen“ Vereins sind und der von den Gruben-
besthern gewählte Aufseher Karst, der „Führer“ der hiesigen
„Christlichen“, seine Amüsamente mit der Thätigkeit eines

„Christlichen“ Agitators ab und zu verwechselt. Wie das Be-
spiel zeigt, haben diese „paar armen Männlein“ es fertiggebracht,
der „Christlichen“ Gesellschaft trotz der von derselben entfalteten
Agitation, trotz der immer rastenden Thätigkeit eines gewissen
Kaplan Stadtmüller auf der Kanzel, am Krankenbette u. s. w.,
trotz der Agitation und Mahregelung des Unternehmertums,
mit dem die „Christlichen“ Hand in Hand gehen, diesen eine
Niederlage beizubringen. Und wenn die „Christlichen“ so weiter
agittieren, dann ist Pettenleideheim in einigen Jahren ein
sozialistisches Hochburg.

Kaufung, Kreis Schönan. Die Sonntag, den 6. Januar,
tagende Mitgliederversammlung war mäßig besucht. Es er-
folgte die Revision der Abrechnung. Letztere wurde als richtig
befunden. Da uns immer noch kein Lokal zur Verfügung steht,
müssen wir unsere Versammlungen in einem Privatlokal ab-
halten. Das mag Manchem nicht passen. Aber Veränderung
kann und wird erst dann eintreten, wenn durch die Agitation
die Mitgliederzahl an Orte so zahlreich geworden ist, daß sie
sich ein Lokal erringen kann. In Kaufung leben die Gast-
wirthe nur von dem Gelde, welches die Arbeiter verzehren, es
wäre also Gelegenheit gegeben, die Herren in empfindlicher
Weise zu treffen und sie entgegenkommender zu machen. Die
Unternehmer bieten Alles auf, um die Arbeiter von der Or-
ganisation abzuhalten. Da ist auf dem Kalkwerk eine Sterbe-
kasse errichtet worden. Die Arbeiter brauchen nichts zu be-
zahlen und ihre Familien erhalten im Sterbefalle nach einem
Jahre 100 Mark, nach zwei Jahren 200, das dritte Jahr 300,
das vierte Jahr 400, das fünfte Jahr und darüber 500 Mark.
Eine Sparrasse soll gleichfalls gegründet werden. Nur mich
es ein Räthsel sein, das nicht zu lösen ist, wie bei den hiesigen
Löhnen gespart werden soll. Anstatt solche Dinge zu machen,
von denen man annehmen muß, daß sie nur eingeführt
werden, um die Arbeiter an den Betrieb zu fesseln, deren
Kosten jedenfalls doch auf die Arbeiter gewälzt werden, sei es
auch nur durch Verbehalten der niedrigen Löhne, wäre es
besser, man beseitigte die Lebensstände, unter denen die Arbeiter
leben. So haben die Arbeiter auf einem Kalkwerke keinen
heizbaren Raum, in welchem sie sich während der Pausen auf-
halten könnten. Ein Verd, auf welchem mitgebrachtes Essen
aufgewärmt werden kann, steht auf einem freien Platz. In der
Breiterbade herrscht während der Kälte, die die Arbeiter, nach-
dem die Pause vorüber, fast arbeitsunfähig erscheinen läßt.

Klein-Kroppenburg. Am 13. Januar tagte eine außer-
ordentliche Mitglieder-Versammlung. Vor Eintritt in die
Tagesordnung verlas der Schriftführer den an die Bevoll-
mächtigten gerichteten Aufruf „Thuet Geld in Euren Streik-
fonds“, welchen der 1. Bevollmächtigte noch näher erläuterte
und den Kollegen empfahl. Dann erstattete Kollege Bernig
den Kartellbericht. Als Delegierte zum Gewerkschafts-Kartell
wurden die Kollegen Bernig, Seng und Abt gewählt. Um
dem einjährigen Bestehen unserer Zahlstelle zu gedenken,
arrangierten wir auf den 10. Februar ein Stiftungsfest, ver-
bunden mit Tanz. Ferner brachte der 1. Bevollmächtigte zur
Sprache, daß in der Dampfriegel von H. Holzmann u. Ko.
in Hainfald a. M. mehrere Arbeiter ausgesetzt wurden. Es
wurde dieses von einigen Kollegen als ein Vorgehen bezeichnet,
welches darauf abzielt, hauptsächlich die Arbeiter, die im
vorigen September bei der Arbeitsniederlegung beteiligt
waren, mürbe zu machen. Kollege Ortlepp aus Offenbach
verurteilte die Art und Weise, wie diese Herren ihre Macht
in Zeiten einer wirtschaftlichen Krise den Arbeiter fühlen
lassen. Ferner deutete Kollege Seng darauf hin, wie not-
wendig es ist, einer Organisation anzugehören, und forderte
die anwesenden Kollegen auf, wo es nur möglich ist für
unseren Verband zu agittieren, da die freie Gewerkschaft nur
diejenige sei, welche allein ihr Ziel auf die Besserstellung
der Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse gerichtet habe.
Hierauf wurde die recht zahlreich besuchte Versammlung
geschlossen.

Launenburg (Elbe). Am 5. Januar tagte eine öffentliche
Versammlung. Ueber „Der Kampf ums Dasein“ referierte
Kollegin Jitz. Sie weist nach, welche Rolle der Kampf der
Starken gegen die Schwachen in der Entwicklung der Gesell-
schaft gespielt hat. Später, als sich die Stände entwickelten,
verstanden es die Stärkeren wiederum, sich Vorteile und Vor-
rechte auf Kosten der Schwächeren zu verschaffen. Sie eigneten
sich die Jagd, den Forst, den Grund und Boden ufm. an und
haben sich in dem Besitze desselben bis zur Jetztzeit erhalten. —
Die Erfindung und Anwendung der Dampfmaschine brachte
eine förmliche Umwälzung der sozialen Einrichtungen zuwege.
Die Kunstvorschriften, die Einengung des Verkehrs, sie mußten
liberalen Bestimmungen Platz machen. Die Freizügigkeit ward
eingeführt. Wie kann denn ein Kapitalist auch eine Fabrik an-
legen, ohne zu wissen, daß ihm die erforderlichen Leute im
überreichen Maße zurüchmen. Heute ist Jeder berechtigt, von
einem Ort zum anderen zu gehen, um sich lohnende Arbeit zu
suchen; unter Umständen dazu sogar gezwungen. Diese Bewegung-
sfreiheit kommt auch den Unternehmern zu Gute. Sie bildet die
Unterlage für die industrielle Heerarmee, die den Unter-
nehmern zur Niederhaltung der Löhne dient. Das Kapital,
welches die Ueberzeugung gewann, daß zur Bedienung einer
Maschine weniger Muskelkraft nötig war, suchte nach einer
billigeren und willigeren Arbeitskraft und erkannte in dem weib-
lichen Geschlecht, ja sogar in Kindern eine solche. Die Frauen
und jungen Mädchen sind Konkurrenten des Mannes geworden.
Von den Arbeitern sind Vereine gebildet worden, welche den
Zweck haben, günstige Arbeitsbedingungen zu schaffen.
Referentia machte besonders die ungelerneten Arbeiter darauf
aufmerksam, wie sehr nötig es ist, einer Organisation anzu-
gehören, und forderte die Anwesenden auf, sich dem Verbands
anzuschließen.

Widen. Mit den Arbeits- und Lohnverhältnissen auf
der Mechanischen Weberei in Widen beschäftigte sich eine gut
besuchte Versammlung der auf der Mechanischen Weberei und
der Hannoverschen Baumwollspinnerei und Weberei beschäf-
tigten Arbeiter und Arbeiterinnen, welche am 14. Januar Abends
im Lokale des Herrn Engelke, Widen, tagte. Kollege Frey
referierte. Er führte aus: Die heutige Versammlung ist veran-
laßt durch eine Behauptung, die im Fabrikinspektoren-Bericht
für die Regierungsbezirke Hannover, Stade, Osnabrück und
Aurich aufgestellt ist; sie lautet:

„Die Lebenshaltung der Arbeiter hat sich im Allge-
meinen gehoben, besonders in der Zement-, Textil- und
Maschinen-Industrie, wo eine Lohnerhöhung von 5—10 Proz.
zu verzeichnen ist.“

Ohne allen Zweifel soll diese Lohnerhöhung auch für die
auf den Spinnereien und Webereien Beschäftigten eingetreten
sein. Eine von ihm, Redner, veranfaßte Umfrage hat das
vorläufige Resultat ergeben, daß die Arbeiter von solchen
Lohnerhöhungen nichts wissen. Beispielsweise hat die
Mechanische Weberei, die im Jahre 1888 eine Dividende
von 6 Prozent, im Jahre 1899 eine solche von 7 Prozent be-
zahlte, eine solche Lohnerhöhung nicht Platz greifen lassen.
Ende der 80er Jahre verdiente ein Weber mit 3 Stühlen
kleinen Stuhl 18 Mark verdienen muß, nach ganz gebräu-
glichen. Aber der Ertrag des Stuhles hängt heute weit
weniger von letzterem ab, als von der Beschaffenheit des
Materials, dessen Qualität sehr oft zu wünschen übrig läßt.
Das Schlimme bei der Sache ist, daß viele Meister noch nicht
einmal einsehen wollen, daß man aus mangelhaftem Material
keine prima Waare liefern kann; der ohnehin verminderte
Erlös wird dann noch geringer durch die verhängten
Strafen. Neben den Strafen legt es Vordränge und harte
Worte. Besonders soll sich mit letzteren, wie ihm mitgeteilt
ein Herr M a u e r m a n n hervorthun. Dieser Herr hat sich

Jedenfalls hier noch nicht genügend akklimatisirt. In sei-
ner früheren Wirkungsstrecke — Böhmen — mögen die Arbeit-
er weniger empfindlich gewesen sein; in Hannover ist man
von dem Herrn angewandten Worte und Wendungen
gewohnt und man empfindet sie wie einen Pfeils-
schlag. Es ist anzunehmen, daß die strenge Behand-
lung der Arbeiter den Wünschen der Direktion nicht ent-
spricht, vielleicht unternimmt es einer der hiesigen
Fabrikmeister einmal, den Herrn Maurermann da-
zu verständigen, in welchem Tone man hier in Hannover
Lohnen mit den Arbeitern verhandelt. — Die Löhne
der Färberei genannter Fabrik betragen nur 250 Mk.
Tag, nur die Arbeiter, welche im Maschinenbau arbeiten,
halten seit einigen Jahren, nach Einreichung eines Wittgesu-
ches 10 Pf. mehr. In der Glätterei beträgt der Tagelohn
Jahre 250 Mk. Die Hocklöhne erhält derselbe
Lohnsatz. Wo ist denn da die Lohn-erhöhung von 5—10
Prozent? Nirgend. Ist aber eine solche Bezahlung ansehn-
lich in einer Zeit, wo Kohlen, Licht und Miete nicht unerheb-
lich im Preise gestiegen sind und eine Bertheuerung in
Krotos in Aussicht steht? Der Herr Fabrikinspektor
darauf antworten, und er sagt in seinem Bericht: „In Widen
meinen darf nach den Ermittlungen an-
genommen werden, daß eine Familie mit 4
Kindern in den Städten 18 bis 20 Mark a
Unterhalte braucht.“ In den zuletzt erwähnten Be-
gruppen erhalten die einzelnen Arbeiter 15 Mark pro Woche
es soll nicht selten vorkommen, daß auch Weber mit ei-
solchen Ertrage ihrer Arbeit zu Hause gehen. — Es ist ei-
großen Betriebes geradezu unwürdig, Sonnabends
Lohnarbeiter bis 6 Uhr arbeiten zu lassen, während
betriebsamen und Arbeitslosen um 1/6 Uhr nach Hause ge-
kann man den Lohnarbeiter nicht auch um 1/6 Febrer
geben? Natürlich darf eine halbe Stündchen nicht am
in Abzug gebracht werden. Die Fabrik läßt sich ja auch
zum Fügen der Maschinen und Stühle erforderliche Zeit
größten Teil von den Arbeitern schenken. Das ist
kein Zug von Arbeiterfreundlichkeit. Eine halbe Stunde
zeit fällt in die Arbeitszeit; in dieser Zeit wird aber Niemand
fertig, viele ruhen bis 1/7 Uhr. Dienstags wird überhau-
nach 6 Uhr gepußt. Das Fügen gehört zur Arbeit und
darauf auch bezahlt oder während der Arbeitszeit erlei-
werden. Es fehlt an zweckentsprechenden Garderoben.
Vorhandenen sind nicht blick zu machen, lassen Staub
Schmutz durch. Manche Kleidungsstücke erscheinen an
Seite, die dem Saale zuliegt, als geradezu gefärbt. Die
Kleinigkeit. In der Schneiderei fehlt es
getrennten Ankleideräumen. Wollen weibliche
sonen die Kleidung wechseln und dabei vor
schauern sicher sein, dann müssen sie sich auf die
Kloset anziehen. Die Herren Meister, Di-
toren, Inspektoren sollten einmal ihre Frauen fra-
miese ein Weibchen der Kleidung unter solchen Verhältni-
finden würden! Jedenfalls empfindend! Die Direktion mü-
das rasch ändern, sonst erhalten Behörde u.
Fabrikinspektor Nachricht! Ferner ist zu beklagen
ungünstigen Wascheinrichtungen. Diese sind nicht
nur aus Gründen der Keuschheit und Gesundheit im Inter-
der Arbeiter zu fordern, sondern liegen auch im Interesse
Betriebs. Wenn hierfür die erforderlichen Aufwendungen
macht werden, so laufen weder Dividende noch Lanti-
noch Meisterprämie Gefahr, gekürzt zu werden. Den huma-
tären Einrichtungen der Fabrik läßt Redner volle
rechtigkeit widerfahren, aber durch diese seien die
beiter nicht gehindert, für Abstellung von Mischständen zu so-
und für Besserung ihrer Lage einzutreten. — Nachdem
eine kurze Schilderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen
der Baumwollspinnerei und Weberei erfolgt,
noch ungenügender sind, erhielt Kollege Fr. Br.
früherer Sammlungsleiter, das Wort, der die Angaben
Referenten ergänzte und den Anwesenden den Anschluß
unseren Verband empfahl.

Wirken. Arbeiter, Arbeiterinnen! Wie ihr aus
Inferat des heutigen Blattes ersehen werdet, findet
3. Februar eine Versammlung statt, wo wir hoffen, daß
Alle mit euren Freunden und Kollegen erscheinen wer-
Kollegen! Mit dem, daß ihr organisiert seid, ist es allein
gethan, ihr müßt auch die Versammlungen besuchen und
für den Verband thätig sein, damit dem Einzelnen das
nicht zu schwer wird. In der ersten Zeit, in der wir leb-
und Jeder seinen Mann stellen muß, sollte er seinen
dortin erblicken, seine Pflicht gethan zu haben. Wenn wir
nicht selbst helfen und fest zusammenhängen, hilft uns
haupt Niemand. Kollegen, die Lebensbedürfnisse werden immer
theurer, und der Lohn bleibt stabil oder wird gar noch her-
gesetzt. Daher bewegt eure Freunde, sich dem Verbands
anzuschließen und besucht fleißig die Versammlungen.

Reumhäuser. Unsere Mitgliederversammlung tagte
9. Januar bei Kellermann. Eine Anzahl Kollegen wurden
Mitglieder aufgenommen. Die Abrechnung vom 4. Quar-
balanzirt in 116 Mk. 55 Pf. Die Revisoren bestätigten
Abrechnung. Alsdann gab der zweite Bevollmächtigte ein
Uebersicht über das vergangene Jahr, die besonderen Ereigni-
während desselben hervorhebend. Die geplante Veranaltung
eines Bergnügens veranlaßte eine längere Auseinander-
die mit der Wahl einer Kommission schloß. Für die Kollegen
in Bremen werden 10 Mark aus der Lokalkasse bewilligt.

Ohlstedt. Sonntag, den 30. Dezember 1900, tagte
Lokale des Schmirch's Herrn A. Müller unsere Mitgliederver-
sammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurden
Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht. Da
wurde vom Kollegen Busch eine Anrede gehalten, in welcher
der Redner darauf hinwies, daß nur Einigkeit zum Ziele füh-
Die Mitglieder müßten vor Allem es sich angelegen sein lassen
die fernstehenden Kollegen zum Beitritt zu veranlassen. Ue-
die örtlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen sprachen dann
die Kollegen G. Kramp und G. Offen. Eine Besserung
Arbeitsbedingungen sei dann möglich, wenn erst die Arbeit-
der Umgegend dem Verbands sich angeschlossen haben, und ni-
mehr durch Unterbieten die Löhne drücken. Dann sprach
Rau noch den Wunsch aus, daß die Kollegen, welche eine
Arbeitsstelle wissen, ihn mittheilen möchten, um
arbeitslose Kollegen auf diese freie Arbeitsstellen aufmerk-
gemacht werden können.

Oranienburg. Sonntag, den 30. Dezember, tagte hier
gut besuchte Versammlung. Kollege Albert-Boisdam referirte
über das Thema: „Unsere Organisation am Ende des Jahr-
hunderts und der Kampf im neuen Jahrhundert“. Redner
sah reichen Beifall. Unter „Verschiedenes“ wurden die Be-
sache geschilbert, die die Leitung der Chemischen Fabrik un-
nimmt, um unsere Organisation ins Bankrott zu bringen. So
lang war der Stiefel Wäge vergebens. Die Fabrikleitung soll
sich auch wirklich daran genügen lassen, wenn die Arbeiter
der Fabrik ihre Schuldigkeit thun; ihr Privatleben beeinflusst
zu wollen sieht dem Streben nach Verbesserung gleich, es
ist unbedeutend. Die Arbeiter werden sich einer solchen
Vorurteilung auch nicht unterordnen.

Breck. Am 13. Januar tagte unsere Mitgliederversam-
lung, die nur mäßig besucht war. Die Mehrzahl der hiesigen
Kollegen schlägt die Vorteile, welche ihnen in den Versam-
lungen in Form von Belehrung und Aufklärung gebot
werden, leichtfertig in den Wind. Daher ist es auch nicht
verwunderlich, daß in Kollegentreuen eine gewaltige Unruhe
in den nächstliegenden Dingen anzutreffen ist, und daß sie
über die örtlichen Arbeitsverhältnisse nur oberflächlich

An die Zahlstellen des Gau 14.
Am Sonntag, den 27. Januar, Vormittags 10 Uhr,
findet unsere

III. Gaukonferenz

in Frankfurt (Sokal „Zum Nachlicht“) statt, mit folgender

Tagesordnung:

1. Bericht des Gauvorstandes.
 2. Unsere Agitation.
 3. Anträge der Zahlstellen.
 4. Wahl des Ortes für den Sitz des Gauvorstandes.
 5. Wahl des Ortes für die nächste Konferenz.
- Die Delegierten werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.
Der Gauvorstand.

Gau 16.

Großherzogthum Hessen, Provinz Hessen-Nassau und die angrenzenden Zahlstellen in Unterfranken.

B. Gaukonferenz

am Sonntag, den 27. Januar 1901, Vorm. 11 Uhr, in Bockenheim, Gasthaus „Zum Adler“, Frankfurtstraße 59.

Briefkasten.

H. R., Thiede. Ihre Frage ist zu verneinen. Der Bevollmächtigte ist nicht haftpflichtig, wenn den Besachern der Versammlung oder eines Vergnügens ein Unfall passiert.
Gruß! H. R.

Sterbetafel.

S. II. 1004. Franz Jäger, geb. am 16. November 1878, eingetretten am 23. Mai 1897 in Garburg, gestorben am 6. Januar in Garburg.
31 460. S. Präß, geb. am 22. Januar 1872, eingetretten am 16. Juni 1898 in Hamburg, gestorben am 31. Dezember zu Hamm.

Zahlstelle Neuschberg.

Unserem Kollegen
Gustav Rosentanz nebst Gemahlin
zu ihrer stattgefundenen Hochzeit die besten Glückwünsche. [90 Pf.]

Zahlstelle Klein-Prozenburg.

Sonntag, den 10. Februar, findet im Gasthaus zur Krone unser 1. Stiftungsfest, verbunden mit Tanz, statt. Eintritt à Person 80 Pf., im Vorverkauf 25 Pf. [90 Pf.] Das Fest-Komitee.

Zahlstelle Kolberg.

Reise-Unterstützung wird ausgezahlt Mittags von 12 bis 1 Uhr und Abends von 6 bis 7 Uhr beim 2. Bevollmächtigten S. Lampe, 2. Pfannschmieden Nr. 9, Hof 1. [1075 Pf.]

Zahlstelle Langenberg.

Sonntag, den 3. Februar, Nachmittags 8 Uhr: Versammlung in Gelland's Gastwirtschaft. Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom 4. Quartal. 2. Gewerkschaftsbericht. 3. Bericht des Gauvorstandes. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erwünscht. [1,20 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Lehnin.

Sonnabend, den 16. Februar, Abends 6 Uhr, Vergnügen im Mahlow'schen Lokale. Festrede, gehalten von Herrn Kiesel-Berlin. Eintritt 50 Pf. Zu zahlreichem Besuch laden ein [1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Marne.

Unserem Verbandskollegen
Fr. Rothwedder nebst seiner Gemahlin
zu dem am 19. d. M. stattgefundenen 25jährigen Jubiläum senden die herzlichsten Glückwünsche [1,20 Mk.] Die Mitglieder von Marne und Umgegend.

Achtung, Weissen-Cölln.

(Fabrik- und Hilfsarbeiter.)
Sonntag, den 3. Februar, findet eine öffentliche Versammlung mit folgender Tagesordnung im „Schiffen“ statt: 1. Vortrag. 2. Abrechnung. 3. Anträge zur Gaukonferenz ev. Wahl eines Delegierten. 4. Wahl zum Gewerkschaftsleiter. 5. Besprechung eines Vergnügens und Gewerkschaftliches. Referent: Dresden. — Anfang 2 Uhr Nachmittags. [1,50 Pf.] Die Vertrauensmänner.

Unterstützungskasse der nichtgewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen Bayern rechts des Rheines. Zahlstelle München.

Sonntag, den 3. Februar 1901, Vormittags 10 Uhr, im Restaurant Fend, Goethestr. 17: Quartalsversammlung. [1,20 Mk.] Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Pinneberg.

Sonntag, den 10. Februar 1901: Große Maskerade, verbunden mit Aufführungen und Prämienverteilung, im Lokale des Herrn Gastwirth Schröder. Anfang 6 Uhr. [90 Pf.] Der Obmann.

Zahlstelle Pödejud.

Jeden Sonntag nach dem 1. jeden Monats, Nachmittags 4 Uhr: Versammlung im Lokale des Herrn Ernst Klein in Pödejud. Wir machen die Kollegen hierdurch darauf aufmerksam, die Versammlung besser zu besuchen wie bisher, damit nicht immer vor leeren Stühlen gesprochen wird. [1,20 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Weissenfels a. S.

Sonnabend, den 2. Februar, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokale zum „Kleinen Bahnhof“. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. [1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Unserem werthen Kollegen
Eduard Wallner nebst Frau
zu der am 6. Februar stattgefundenen silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche!
Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle
Halle-Vorden. [1,50 Mk.]

folgende Abschnitte: I. Arbeiterversicherung und Gewerkschaften. — II. Die Organisation. — III. Die Vertreter im Allgemeinen. — IV. Die Wahlen, Rechte und Pflichten der Vertreter. — A. Krankenversicherung: 1. Ortskrankenkassen; 2. Betriebskrankenkassen; 3. Baukrankenkassen; 4. Innungskrankenkassen; 5. Annapflichtkrankenkassen; 6. Eingetragene Hilfskassen. B. Invalidenversicherung: 1. Beisitzer bei der unteren Verwaltungsbehörde oder Rentenkasse; 2. Ausschuss; 3. Vorstand. C. Unfallversicherung: Beratung und Beschlußfassung über Unfallverhütungsvorschriften. D. Schiedsgerichte: 1. für Invalidenversicherung; 2. für Arbeiterversicherung. E. Reichsversicherungsamt: a) Ständige Mitglieder; b. Nichtständige Mitglieder und deren Wahl; c) Mitwirkung der nichtständigen Vertreter. F. Landes-Versicherungsämter. — V. Die Aufgaben der Arbeitervertreter für die Zukunft. — Anhang: I. Zusammenfassung der Wahlberechtigten. II. Wahlordnung. III. Verordnung über den Geschäftsgang und das Verfahren des Reichsversicherungsamts. IV. Verordnung über das Verfahren vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung. Wahlformulare (Stimmzettel).

Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 9. Januar folgende Beiträge ein:
Straubing 10,—, Dasselde 28,20, Hamm 355,50, Gesehacht 345,35, Magdeburg 599,16, Augsburg 31,72, Gimsbüttel 166,85, Dietelsheim 10,—, Brunsbüttel 41,02, Frankfurt a. M. 308,90, Freimulden 287,91, Kolberg 234,90, Kellheim 18,—, Garburg 10,85, Altona 128,70, Böhrendorf 22,70, Kaiserlautern 8,80, Ober-Raußung 6,—, Waltershausen 36,30, Neumünster 47,98, Järbig 22,35, Schweinfurt 40,40, Langemünde 39,80, Weissenfels 75,21, Preetz 83,97, Gimsbüttel 166,44, Wilhelmsburg 617,55, Gonsenheim 76,25, Ohrdruf 76,30, Rieburg a. S. 163,90, Marne 68,75, Wobühl 6,70, Essen 34,10, Frankfurt 180,51, Apentade 240,—, Danzig 292,85, Schluß 126,40, Großhaußen 10,10, Ober-Raußung 32,86, Gertenleibheim 144,76, Wismar 34,80, Bürgel a. M. 53,23, Gräfenroda 39,15, Altona 166,40, Rompertheim 9,35, Järbig 164,21, Meisen 109,10, Gufum 19,84, Meiborf 44,22, Gainshausen 26,55, Pödejud 199,—, Salm 122,88, Gasse a. S. 194,48, Rendsburg 227,75, Badsted 7,45, Winterhude 211,10, Strellitz 49,65, Rammberg a. S. 21,95, Wittenberg 281,41, Pfungstadt 105,05, Stadtilm 56,85, Schönebeck 947,80, Hamburg 343,02, Bitterfeld 88,30, Gotha 52,02, Dresden 110,80, Jähebe 219,54, Girsberg 29,25, Schönungen 12,70, Blankense 16,70, Genthin 13,72, Brudmühl 136,40, Wambel 1115,01, Rietleben 45,75, Offenbach a. Main 328,12, Kassel 56,16, Akenorf 56,35, Renhaldenleben 62,26, Lauenburg a. Elbe 108,33, Schiffel 263,58, Flensburg 401,88, Pommernsdorf 200,—, Barmbed 819,30, Leipzig 3 368,65, Seligenstadt 58,60, Langenberg a. S. 43,95, Belten 107,60, Bergdorf 868,67, Grepin 24,65, Friedberg 43,60, Helmstedt 38,30, Staffort 90,95, Lauenburg 1,50, Raguha 56,30, Hainstadt 46,05, Hamm 18,30, Gießen 29,45, Radeberg 54,50, Uhlendorf 243,25, Berst 140,—, Wesselfuren 28,55, Erbenheim 35,95, Bremen 279,—, Dolgminde 56,35 Mk.

Für Protokolle: Gesehacht 10,—, Magdeburg 28,40, Kolberg 10,—, Altona 20,—, Neumünster 1,50, Preetz 8,—, Ohrdruf 3,—, Rieburg a. S. 1,50, Pödejud 5,—, Gellbronn 2,—, Danzig 20,—, Dresden 10,—, Akenorf 2,50, Staffort 3,—.

Für den Streifonds: Hamm 56,15, Augsburg 2,55, Hamburg-St. Georg 50,—, Rothenburgsort 20,—, Langemünde 4,70, Waltershausen 5,—, Ohrdruf 4,60, Rieburg a. S. 18,40, Wobühl 1,20, Altona 24,70, Gufum 12,50, Halle a. S. 28,55, Winterhude 13,70, Hamburg 46,85, Gotha 4,40, Dresden 17,95, Friedberg 4,75.

Für Inserate: Kolberg 0,60, Gellbronn 1,35, Hamburg 4,25 Mk.

Für Postabonnements durch Bohrberg: 3,85 Mk.
In Nr. 1 des „Proletarier“ muß es heißen: Hamburg-St. Georg 455,05, Protokolle 20,—, Streifonds 56,10 Mk., nicht Hamburg.

Schluß Dienstag, den 22. Januar, Mittags 12 Uhr.

Für die freitenden Kollegen in Bremen ging ein:
Marne 30,—, Hamm 30,—, Speyer 1 20,—, Wismar 5,—, Rinden 30,—, Bernburg 10,—, Apentade 20,—, Neumünster 10,—, Kellheim 5,—, Marne, Maurer und Zimmerer 10,—, Preetz 25,—, Gesehacht 40,—, Höchst a. M. 20,—, Waltershausen 5,—, Düsseldorf 6,—, Kelling 20,—, Frankfurt 10,—, Kaiserlautern 5,—, Hannover N.-O. 50,—, Altona 20,—, Gimsbüttel 20,—, Halberstadt 30,—, Wambel 100,—, Fürstberg 10,—, Brudmühl 4,90, Dresden 20,—, Gß 15,—, Barmbed 100,—, Spandau 28,35, Gertenleibheim 10,—, Gellbronn 5,—, Raguha 10,—, Münden 25,—, Halle N. 9,45, Ohrdruf 5,—, Bockenheim 10,—, Hamburg 20,—.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher

Nr. 88 063, ausgestellt in Lehnin für den Kollegen Cammer.
Nr. 50 822, lautet auf den Namen Wilh. Göhe, ausgestellt in Neuschberg.
A. z. L. h. m. a., geb. am 1. Februar 1875 zu Sillstädt, aufgenommen am 2. Februar 1900 zu Grepin, hat sein Buch verloren.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen

Hammendorf. Geint. Förster, Rabewell.
Dokenhuden und Umgegend. Joh. Finck, Schulftr.
Garburg. H. Gutwirth pr. C. Gwers. Eifenstr. 5.
Leisnig. Paul Schant, Schloßberg 63.
Rohawes-Neendorf. Franz Gentradi, Lurnstr. 45.
Radeberg. Ernst Gottschalk, Guldbachstraße 9.
Rendsburg. O. Müller, Fockledermweg 5.
Winterhude-Eppendorf. H. Kopsch, Barmbederstr. 35, S. 7, part.
Zittau. H. Kircke, Meichenbergerstr. 45, 2. Et.

Agitationsgebiet Königreich Sachsen II. Gau 7.

Laut Beschluß der Kommission findet unsere

I. Konferenz

am Sonntag, den 21. Februar, Mittags 12 Uhr, in Dresden-Alfstadt, D. A. L. i. n. 's Gasthaus, Freiburgerplatz, statt. Vorläufige Tagesordnung:

1. Bericht der Kommission.
 2. Bericht der Delegierten.
 3. Beratung über eingegangene Anträge.
 4. Unsere fernere Agitation.
 5. Wahl des Ortes, wo die Kommission ihren Sitz hat.
- Jeder Verbandsort hat das Recht und die Pflicht, einen Delegierten zu entsenden. Die dadurch entstehenden Unkosten müssen aus der Lokalkasse gedeckt werden.
Wir ersuchen die Verbandsorte, sofort Stellung zu der Konferenz zu nehmen und sind etwa zu stellende Anträge, sowie die Adressen der Delegierten bis zum 20. Februar an den Unterzeichneten einzusenden.
Die Agitationskommission.
J. A.: Clemens Wackwitz,
Zöbner-Dresden, Bernerstraße 29, II.

And. Und wie leicht ließe sich diesem Mangel an Wissen abhelfen, sie brauchen nur die Versammlungen zu besuchen. — Die Versammlung beschloß, dem Vorstand zur Unterstützung der freitenden Kollegen in Bremen 25 Mk. aus der Lokalkasse zu senden.

Rothenburgsort. Am 9. Januar tagte unsere Mitglieder-Versammlung bei v. Eichen. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1900 wurde als richtig anerkannt und dem Kassier Entlastung erteilt. Den Kassenbericht erstattete Kollege Schwarz. Die Wahlung über das neue Kartellregulativ ergab 3 Stimmen für und 77 Stimmen gegen dasselbe. Von der Sommerausfahrt per Bahn nach Theresienburg wurde wegen der hohen Kosten Abstand genommen, und beschlossen, unser diesjähriges Sommervergnügen auf der Fente abzuhalten. Für die ausständigen Verbandskollegen der Delfabrik Groß-Gerau-Bremen wurden 20 Mk. aus der Lokalkasse bewilligt. Nachdem noch beschlossen, für die Versammlung, welche am 13. Februar stattfindet, einen Vortrag über Alters- und Invalidenversicherung auf die Tagesordnung zu setzen, erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Schlutup. Am 6. Januar tagte unsere gut besuchte Mitglieder-Versammlung im Gasthaus „Zur Mühle“. Punkt 1 der Tagesordnung war: Aufnahme neuer Mitglieder. Zum Punkt 2 legte der zweite Bevollmächtigte die Abrechnung vom 4. Quartal vor, welche von den Revisoren bestätigt wurde. Zu Punkt 3 referierte Kollege Rabben aus Babel über „Klassen-gegenseitigkeit in der Gewerkschaft“. Der Referent verstand es in jeder Weise, die Gegensätze zwischen den bestehenden Klassen und dem Proletariat klar zu legen. Am Schlusse seines Vortrages forderte Kollege Rabben besonders die weiblichen Mitglieder auf, tüchtig unter ihren Mitarbeiterinnen zu agitieren, damit sämtliche Arbeiterinnen hier in Schlutup für unsere Organisation gewonnen werden. In den hiesigen Käuhereien werden mehr Arbeiterinnen als Arbeiter beschäftigt, jedoch da noch ein ergebnisloses Agitationsfeld auszuwählen ist. — Unter Punkt 4 der Tagesordnung wurde ein Lokalfonds gegründet mit einem Beitrag von 10 Pf. monatlich, zur Unterstützung arbeitsloser Kollegen. Diese erhalten nach dreimonatlicher Mitgliedschaft für die 3. und 4. Woche der Arbeitslosigkeit je 3 Mark. Ferner sollen bei Streiks und Ausperrungen die erste Woche Unterstützung aus diesem Lokalfonds gemährt werden. Einen Saal zu einer öffentlichen Versammlung, in der die Kollegin Frau Zick aus Hamburg reden sollte, konnten wir nicht erhalten, obgleich wir uns die größte Mühe gegeben haben.

Schwab.-Gall. Unsere Zahlstelle ist in erfreulicher Entwicklung begriffen. Es thut aber auch noth, daß sich die Hilfsarbeiter hiesigen Orts durch Organisation widerstandsfähiger machen, denn es werden ihnen oft Dinge zugemuthet, denen sie sich nur in einem Gefühl lähmender Ohnmacht unterziehen. Um in der Lage zu sein, hiergegen kräftig einzuschreiten, muß unsere Organisation freilich noch ganz anders dastehen und können wir vorläufig nur durch öffentliche Kritik und durch Anrufung der Gewerbeinspektion unsere Verhältnisse zu bessern suchen. Die drückendsten Schäden lassen sich aber sicherlich schon mit Anwendung dieser Mittel beseitigen, wenn uns nur die Arbeiter bei deren Aufdeckung fleißig an die Hand gehen. Die hiesige Zahlstellen-Verwaltung wird berechtigten Klagen gegenüber nicht faunig bletben, auch dann nicht, wenn solche aus Betrieben kommen, die in unserer Organisation nicht vertreten sind. Einestheils entspricht dieses Verhalten ja schon der Pflicht, andertheils aber wollen wir auch einen Vergleich ermöglichen zwischen dem Evangelischen Arbeiterverein und uns, damit den Arbeitern zum unmittelbaren Bewußtsein kommt, wie innerlich sauer in jenem die Krampen von ihres sächlichen Aengern sind. Ein Fall, der die öffentliche Kritik herausfordert, ist für heute erwähnt. Der Spinnerei Feld u. Kessel ist vor sechs Wochen durch Hochwasser die Unterführung des Fabrikkanals stark beschädigt worden, u. d. der unter dem Flußbett durchführende Tunnel. Nachdem während der noch einigermaßen warmen Witterung so gar wie gar nichts dort gethan worden war, wurde plötzlich mit den Ausbesserungsarbeiten begonnen, sobald beträchtliche Kälte eingetreten war. Waren nun die damit beauftragten Arbeiter aufs Höchste erbittert darüber, eine Arbeit auf die kalte Zeit verlegt zu sehen, die selbst bei warmer Witterung lebensgefährliches Stiechium verursachen kann, so ging es ihnen über alle Begriffe, als sie eines Abends, statt noch ca. 1 1/2 Stunden in warmen Fabrikräumen arbeiten zu dürfen, bis Heisterabend fortmachen mußten, weil es „so schön mondhell“ war. — „Sibirien, sagt, wo ist Sibirien?“ Wer wird nun den Schaden auf sich nehmen, wenn sich schließlich eine schließende Krankheit bei irgend einem der betreffenden Arbeiter einstellt?

Wilhelmsburg. Am 8. Januar tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Es wurde beschlossen, an zwei Kollegen eine Unterstützung zu gewähren. Darauf referierte Kollege Meier aus Hamburg über das Unterschiedliche zwischen den Wirtschaftskrisen im Alterthum, Mittelalter und Neuzeit. Nach Entgegennahme des Vortrages erstattete Kollege Pape Bericht über die Revision der Verbandskasse.

Zalkow. Am Sonntag, den 6. Januar, tagte in Bredow unsere Mitglieder-Versammlung. Die Kollegen Beyerhördt als Kassier für Franzdorf, und A. Langsabel als Hilfskassier für Zalkow wurden zunächst als solche bestätigt. Als Karte-Delegierte wurden die Kollegen Zühlendorf und Weg gewählt. In der Diskussion über die Generalversammlung der Fabrik-Betriebskrankenkasse des „Kalka“ wurde mitgetheilt, daß das Krankengeld für die niedrig im Lohn stehenden verheiratheten Arbeiter erhöht sei, jedoch jetzt nicht unter 1,50 Mk. pro Tag ausbezahlt wird, wogegen früher jeder Arbeiter, ob hoch oder niedrig im Lohn, die Hälfte seines Lohnes nach 10 Stunden bezogen erhielt. Ueber die Einführung der freien Kerkwahl wurde ebenfalls gesprochen und die Ausführungen des Vorsitzenden der Krankenkasse widerlegt, welcher in der betreffenden Versammlung meinte, durch die freie Kerkwahl würden die Krankenmitglieder selbst den größten Schaden haben, denn dann würden sich die jüngeren Kerkze in den Vordergrund drängen und die Arbeiter insgesamt als Verursacher-Rantinger bezeichnen, um sich dadurch zu verewollkommen; zweitens würden die Leistungen der Kasse dadurch sehr geschwächt werden, denn die Ausgaben würden sich bedeutend höher stellen. Eine Diskussion über diesen Punkt wurde nicht zugelassen, weil nach Angabe des Herrn Vorsitzenden der Krankenkasse dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung stehe. Alle Redner waren darüber einig, daß die Krankengelder durch die freie Kerkwahl sehr geschwächt werden würden und die Kasse selbst jedenfalls keinen Nachtheil haben würde. Es sollen die Beisitzer, von welchen auch einige unserer Organisation angehören, in den Vorstandswahlen hierfür eintreten. Dann wurde beschlossen, von den Mitgliedern der Zahlstelle Garburg 200 Stück Karten zu lassen. Zwei Kollegen wurden mit je 20 Mark aus der Lokalkasse unterstützt, es soll versucht werden, den Betrag durch Lihen der Kasse wieder zu beschaffen.

Literarisches.

Die Vertreter in der Arbeiterversicherung und deren Aufgaben. Selbstveröffentlichung im Auftrage der Generalkommission des Gewerkschaftsverbandes von Th. Satt in Göttingen, 72 Seiten 8°. Preis 50 Pf. (Mitglieder der Gewerkschaft können die Schrift um Preis von 20 Pf. durch ihre Organisationsstellen beziehen.) Die Schrift soll die Arbeiterschaft über die Organisation der Arbeiterversicherung und die Rechte der Vertreter der Gewerkschaften unterrichten und Betheiligung zu einer regen Betheiligung an diesen Wahlen geben. Die Schrift ist überall zu beziehen. Der Inhalt des Buchchens enthält: